

Vor dem Abzug – Afghanistan zehn Jahre nach dem 11. September 2001

Von: *Dustin Debez*

Alles beim Alten? Ein Jahr Surge in Afghanistan

Es ist bemerkenswert, wie wenig Aufmerksamkeit der Krieg in Afghanistan gegenwärtig in Medien und Politik erhält. Vor dem Hintergrund der Krise in Libyen, den Revolutionen in Tunesien und Ägypten, den Reaktorunglücken in Japan und der Krise in Syrien, ist die Situation in Afghanistan in der Hintergrund getreten und das obwohl das Jahr 2011 zum Schicksalsjahr für Afghanistan werden sollte. Denn als der amerikanische Präsident Barack Obama vor etwas mehr als einem Jahr den sogenannten *Surge* in Afghanistan und die damit verbundene Verlegung von 30.000 zusätzlichen Soldaten an den Hindukusch bekannt gab, achtete er peinlich genau darauf, diese Truppenverstärkung mit einem klaren Zeithorizont für deren Abzug zu verbinden. Dieser Abzug sollte nach den ursprünglichen Planungen noch im Juli diesen Jahres beginnen. Doch von Beginn an war die Regierung in dem Dilemma gefangen, zwei verschiedene Empfänger zu bedienen – auf der einen Seite das amerikanische Volk, für das der Rückzug nicht früh genug beginnen kann, auf der anderen Seite die afghanischen und pakistanischen Partner, denen deutlich gemacht werden musste, dass sie auch nach dem finalen Abzugsjahr 2014 nicht allein gelassen werden. Die amerikanische Regierung war sich dieses Dilemmas bewusst und hat regelmäßig betont, dass das Tempo des Abzugs von einer Evaluation der Fortschritte zu Beginn dieses Jahres abhängt. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob sich die neue Strategie ausgezahlt, welchen Abdruck der neue amerikanische Befehlshaber General David Petraeus hinterlassen hat und inwiefern diese Strategie nach dem nun einsetzenden amerikanischen Truppenabzug überhaupt durchgehalten werden kann.

Mit der zeitlich begrenzten Truppenverstärkung verband die Regierung die Hoffnung, jene Erfolge reproduzieren zu können, die von den alliierten Streitkräften seit 2006 im Irak gemacht wurden und dort zu einer signifikanten Verbesserung der Sicherheitslage geführt hatten und den Vereinigten Staaten nun den Rückzug aus dem Land an Euphrat und Tigris erlauben. Die Frage, ob es zumindest in Ansätzen

gelingen ist, in Afghanistan ähnliche Fortschritte zu erzielen wie im Irak, ist schon deshalb bedeutsam, weil der amerikanische Präsident Barack Obama immer wieder deutlich gemacht hat, dass der Krieg in Afghanistan ein notwendiger Krieg (*war of necessity*) ist und nicht wie der Irak-Krieg ein von den Vereinigten Staaten gewählter (*war of choice*). Die Bilanz, die den Ausschlag für Tempo und Ausmaß des amerikanischen Rückzugs geben soll, ist bislang aber ohne eindeutige Ergebnisse geblieben und vor dem Hintergrund der Tötung bin Ladens Anfang Mai 2011 wächst die Gefahr, dass der Abzug weniger an der Situation in Afghanistan selbst, als vielmehr an innenpolitischen Motiven ausgerichtet wird.

Fortschritt dank Counterinsurgency?

Der amerikanische General und ehemalige amerikanische Kommandeur in Afghanistan, Stanley McChrystal, hatte kürzlich in dem einflussreichen Journal *Foreign Policy* dargelegt, dass es ein Netzwerk brauche, um ein Netzwerk zu besiegen. Ein solches Netzwerk zu schaffen, ist gerade für Streitkräfte schwierig, die eigentlich an klar ausgeprägten Hierarchien ausgerichtet sind und für die die horizontale Abstimmung mit anderen Einheiten, Teilstreitkräften, Verbündeten und Nachrichtendiensten zumindest ungewohnt ist. McChrystal beschreibt ausführlich, wie lange es dauerte, bis aus einem gemeinsamen, alliierten Einsatz im Irak ein tatsächliches Netzwerk geworden war und wie lange es brauchte, bis die Alliierten das Netzwerk verstanden, das sie zu bekämpfen hatten. Noch sind die Alliierten weit davon entfernt, das Netzwerk zu verstehen, gegen das sie in Afghanistan Krieg führen und nur geringfügig weiter sind sie bei der horizontalen Vernetzung ihrer Kräfte. Dass die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten gerade erst beginnen, ein solches Netzwerk zu schaffen, hat nicht zuletzt damit zu tun, dass der gegenwärtige Krieg in Afghanistan eigentlich erst 2006 begonnen hat, als die International Security Assistance Force (ISAF) Verantwortung für ganz Afghanistan übernahm. Bis Ende des Jahres 2003 hatte sich die internationale Schutztruppe ISAF auf eine Präsenz in und um Kabul herum beschränkt, erst nach und nach wurden weitere Teile Afghanistans unter Kontrolle der ISAF gebracht, ein Prozess der erst Ende des Jahres 2006 zum Abschluss kam.

Damit fiel der eigentliche Auftakt des Krieges in Afghanistan zeitlich mit dem Surge im Irak zusammen, was zur Folge hatte, dass der Krieg in Afghanistan nicht die

Aufmerksamkeit bekam, die zur Mobilisierung der notwendigen Ressourcen nötig gewesen wäre. Erst zu Beginn der ersten Amtszeit Barack Obamas rückte der Krieg wieder in den Fokus der amerikanischen Regierung. Und erst mit dem Antritt von Stanley McChrystal als Befehlshaber der amerikanischen Truppen und einer deutlichen Aufstockung des Afghanistan-Kontingents haben die Alliierten überhaupt zum ersten Mal eine einigermaßen kohärente Strategie, die vor allem auf sogenannte Counterinsurgency baut. Sie ruht auf einem Ansatz, den die amerikanische Administration in drei Phasen teilt: *clear, hold and build* und schließlich *transfer*. Damit ist zunächst eine militärische Strategie gemeint, die auf der Vertreibung der Taliban aus den Zentren des Landes beruht. In der darauffolgenden Phase ziehen sich die Alliierten aber nicht mehr zurück, sondern bleiben in der Fläche präsent und beginnen mit schnellen Wiederaufbauprogrammen. Es ist genau diese Phase, die die Truppenverstärkung nötig gemacht hat, denn in der Vergangenheit hatte die ISAF afghanische Städte und Dörfer immer wieder verlassen und damit stets ein Zurücksickern der Taliban möglich gemacht. In dieser Phase beginnen die Alliierten zudem mit der Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte, die in der dritten und letzten Phase die Verantwortung für die Sicherheit vollständig übernehmen und den Abzug der westlichen Gemeinschaft einleiten sollen.

Im Rahmen dieser neuen Strategie begannen die Alliierten bereits im Februar 2010 mit einer ersten großen Offensive, Operation Moshtarak, in der südlichen Provinz Helmand, deren Ziel die Rückeroberung Marjahs war. In den vorangegangenen Jahren war Marjah zu einer Hochburg der Taliban geworden und lag in einer der unruhigsten Provinzen Afghanistans, von der aus Taliban-Kämpfer andere Regionen des Landes infiltrierten. Die Offensive, die anfangs von großer, medialer Aufmerksamkeit begleitet wurde, lieferte aber keinen entscheidenden Sieg für die Alliierten. Zwar trafen die internationalen Kräfte auf weniger Widerstand als erwartet, dennoch erwies es sich als schwierig die Stadt und ihre Umgebung von *Improvised Explosive Devices* (IEDs) und Scharfschützen zu säubern. Eine Befragung, die unmittelbar nach der Operation unter 400 Afghanen durchgeführt wurde, ergab eher ernüchternde Resultate: Fast sechzig Prozent der befragten Afghanen gaben an, dass sie von einer Rückkehr der Taliban ausgingen. Und trotz aller Ansätze von vernetzter Sicherheit, gelang es nicht die militärischen Geländegewinne mit entwicklungspolitischen Maßnahmen und der Einführung einer effizienten zivilen Administration zu flankieren.¹

1 The International Council on Security and Development, *Operation Moshtarak: Lessons Learned*. London, Mai 2010.

Die amerikanischen Truppen haben aber aus dieser ersten Offensive gelernt und in den letzten Monaten durchaus beachtliche Fortschritte verbuchen können. Die Taliban sind aus ganzen Landesteilen vertrieben und die Truppen erstmals weitgehend in der Fläche präsent. In den vergangenen Monaten ist es zudem gelungen, mehr Führungskräfte der verschiedenen Taliban-Netzwerke auszuschalten, als je zuvor. Allein in den vier Wochen zwischen Mitte Februar und Mitte März diesen Jahres haben alliierte Spezialkräfte sechs hochrangige Kommandeure des Hizb-i-Islami Gulbuddin Netzwerkes festnehmen können, während im gesamten vorangegangenen Jahr nur drei verhaftet wurden.² Gleichzeitig ist das Durchschnittsalter der typischen Feldkommandeure der Taliban von Mitte dreißig auf Anfang zwanzig gefallen. Ein weiteres Zeichen dafür, dass die Kräfte der Taliban zunehmend aufgerieben werden. Diese militärischen Erfolge hängen direkt mit der stärkeren Präsenz der alliierten Truppen in der Fläche zusammen. Ein wesentlicher Indikator sowohl für das steigende Sicherheitsgefühl der Afghanen, als auch für die Akzeptanz der alliierten Präsenz in Afghanistan, sind die Meldungen, die Zivilisten über die Präsenz der Taliban, versteckte Waffenlager und an Straßenrändern gelegte Bomben und Minen bei der Internationalen Schutztruppe ISAF abgeben. Es zeigt also eine deutliche Verbesserung an, wenn die alliierten Truppen berichten können, dass zu Beginn des Jahres 2011 zehn Mal mehr Meldungen eingehen, als noch zu Beginn des Jahres 2010. Es sind diese Meldungen, die auch die militärischen Erfolge möglich machen.

Gleichzeitig hat die internationale Schutztruppe damit begonnen, die Vorbereitungen für die Transition an die afghanischen Sicherheitskräfte zu treffen. Allein 2010 sind 70.000 zusätzliche afghanische Soldaten ausgebildet worden. Damit sind die Verbündeten auf gutem Weg bis Ende Oktober 2011 mehr als 300.000 Soldaten und Polizisten für den Einsatz vorbereitet zu haben. Auch wenn die Frage nach der Nachhaltigkeit und Qualität dieser Ausbildung nach wie vor gerechtfertigt ist; sie machen deutlich, dass erstmals ein sicherheitspolitisches Rückgrat des afghanischen Staates im Entstehen begriffen ist. Bis Mitte März 2011 übernahmen afghanische Sicherheitskräfte die alleinige Kontrolle über dreißig kleinere Orte, womit an einigen Orten auch die letzte Phase der neuen Strategie eingeleitet worden ist. Und auch wenn die Schaffung bewaffneter Milizen zum Schutz der Zivilbevölkerung nicht in

² Bill Roggio, ISAF, Afghan forces capture another HIG commander in Khost. In: *Long Wars Journal*, online (http://www.longwarjournal.org/threat-matrix/archives/2011/03/isaf_afghan_forces_capture_ano.php).

ein ähnlich großes Programm gelaufen ist, wie die Anbar Awakening Councils im Irak, sind die militärischen Gewinne des vergangenen Jahres durchaus beeindruckend. Der amerikanische Verteidigungsminister hat das auf die Formel gebracht, dass nun erstmals die Verbündeten den Schwung und die Initiative auf ihrer Seite haben. Diese taktischen Erfolge sind allerdings noch kein Sieg. Das vom amerikanischen Militär und der amerikanischen Regierung gleichermaßen vorgetragene Lagebild wird daher zutreffend auf einen dreiteiligen Nenner gebracht: Die Gewinne sind fragil, der Fortschritt noch umkehrbar und die kommenden Monate für den Erfolg kritisch.

Nationbuilding ohne Regierung?

Diese Fortschritte sind dennoch bemerkenswert. Doch über das grundsätzliche Problem können sie nicht hinweghelfen. Denn der Einsatz der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan steht nicht aus militärischen, sondern aus politischen Gründen vor dem Scheitern. Jede Counterinsurgency-Strategie und jede Intervention, so stellte schon der spiritus rector der modernen Counterinsurgency, David Kilcullen, heraus, kann nur so gut und erfolgreich sein, wie die Regierung, die durch sie gestützt und gefestigt werden soll. Und genau darin liegt das Problem: Die Beziehung zwischen der amerikanischen Regierung und Hamid Karzai ist zerrüttet. Und allein an dieser Formulierung wird ein Teil des Problems deutlich: Während die Afghanistan-Strategie in Washington vom Präsidenten, Vizepräsidenten, einem Sonderbotschafter des Präsidenten, dem Verteidigungsminister bis zum amerikanischen Befehlshaber der amerikanischen Truppen in Afghanistan und nicht zuletzt dem amerikanischen Botschafter in Kabul gesteuert wird, steht und fällt die Kooperation auf afghanischer Seite mit Hamid Karzai. Während die amerikanische Seite also gleich auf vielen Ebenen mit der afghanischen Seite zu kooperieren versucht, fehlt in Kabul der Apparat diese Beziehungen auch unterhalb der präsidentialen Ebene anzunehmen und zu festigen. Und hier ist von den zahlreichen europäischen Alliierten und deren Vorstellungen noch gar nicht die Rede. Bei Hamid Karzai kommen also zu viele verschiedene Botschaften gleichzeitig an, die in ihm Zweifel an der Ernsthaftigkeit des Engagements aufkommen lassen. Gleichzeitig ist die amerikanische Seite tief enttäuscht von Hamid Karzai, der es nicht verstanden hat, dem Land eine Vision für die Zukunft zu geben. Schlimmer noch, Karzai gilt inzwischen als Teil des Problems. Seine wiederholten Äußerungen sich, hätte er noch

einmal die freie Wahl, auf die Seite der Taliban zu stellen, seine Neigung zu Verschwörungstheorien und seine, wie Bob Woodward in seinem Buch *Obama's Wars* eindrucksvoll beschrieb, manische Depression, sorgen nicht unbedingt dafür, dass der Westen sich bei seinem wichtigsten Alliierten so ganz sicher ist. Dass die internationale Gemeinschaft es Hamid Karzai erlaubte, die Präsidentschaftswahlen 2009 zu fälschen, hat Karzai den letzten Hauch der Legitimation gekostet und gleichzeitig vor Augen geführt, dass der Westen keinen Plan B für ein Afghanistan ohne Karzai hat. Deutlich wird das zerrüttete Verhältnis zwischen den Alliierten auch an persönlichen Beziehungen: Hatte Stanley McChrystal noch versucht die Legitimität des afghanischen Präsidenten zu stärken, in dem er mit ihm gemeinsam das Land bereiste und Unterstützung bei den lokalen Stammesältesten suchte, ist der neue amerikanische Befehlshaber David Petraeus dazu übergegangen, den Krieg weitgehend an der afghanischen Regierung vorbei zu führen. Immer wieder geraten Petraeus und Karzai öffentlichkeitswirksam aneinander, ihre Streitigkeiten gelten inzwischen als geradezu legendär. Der amerikanische Botschafter in Kabul, Karl Eikenberry, ist noch lange über den Skandal hinaus bis in den Sommer 2011 im Amt geblieben, obwohl die von Wikileaks veröffentlichten diplomatischen Kabel ihn fast seine gesamte Glaubwürdigkeit beim afghanischen Präsidenten gekostet haben. Das verschärft in Kabul den Eindruck, dass Washington diesen Krieg weitgehend abgeschrieben hat.

Damit geht einher, dass die westlichen Alliierten sich auch in anderer Hinsicht über die politischen Ziele in Afghanistan uneins sind. Das wird nirgendwo so deutlich, wie bei der Frage, ob in Afghanistan eine Demokratie hinterlassen werden soll. Zwar bekennen sich die Alliierten im Prinzip zu diesem Ziel, allerdings haben sie angesichts einer sich in die Länge ziehenden Kampagne auch immer wieder die Bereitschaft gezeigt, dieses Ziel zugunsten einer kurzfristigen Stabilisierung hintanzustellen. So verlangt eine Demokratisierung nach einem starken Parlament, doch während dazu wenig geleistet wird, beschäftigt sich die internationale Gemeinschaft mit der Einberufung einer neuen Loya Jirga, um eventuelle Verhandlungen mit den Taliban zu forcieren. Dass eine solche Zusammenkunft von Stammesältesten direkt die Legitimation des Parlaments untergräbt, hat die Planungen freilich nicht stoppen können. Selbst in den Bundestagsfraktionen werden solche Planspiele vorangetrieben, wozu freilich nicht passt, dass parteiübergreifend stets die Aussichtslosigkeit der Demokratisierungsagenda beklagt wird. Während die NATO in Afghanistan den schnellsten Aufwuchs von Sicherheitskräften in ihrer

Geschichte vorantreibt, wird zur demokratischen Kontrolle einer so großen Armee nicht ein einziges Programm durchgeführt. Hier wird wiederum deutlich, dass die Verbündeten einen kurzfristig angelegten Stabilitätsgewinn einem langfristigen, nachhaltigen Stabilisierungsaufbau vorziehen.

Wendepunkt: Die Tötung bin Ladens

In der Diskussion um den Afghanistan-Einsatz ist durchaus bemerkenswert, dass Barack Obama, der im Wahlkampf immerhin versprach, sich auf den Einsatz in Afghanistan zu konzentrieren, nun den Abzug der Truppen schneller vorantreibt, als seinen führenden militärischen Beratern lieb ist. Mehr noch, dass der Abzug von 10.000 Soldaten bis Jahresende und 33.000 Soldaten bis Ende 2012 nur dank der Tötung bin Ladens, die bezeichnenderweise in Pakistan erfolgte, politisch möglich geworden ist, zeigt, dass nicht mehr die Situation in Afghanistan selbst für die alliierte Präsenz dort entscheidend ist. Tatsächlich ist der Erfolg der Kommandooperation zur Tötung bin Ladens ein Wendepunkt in der amerikanischen Diskussion um den Einsatz in Afghanistan gewesen. Nach diesem Erfolg fühlten sich auch führende demokratische Kongresspolitiker sicher genug, eine substantielle Reduzierung der Truppen zu fordern. So hatte der Vorsitzende des Streitkräfteausschusses im Senat, der demokratische Senator Carl Levin, den Abzug von mindestens 15.000 bis Jahresende verlangt. Und selbst der republikanische Präsidentschaftskandidat John Huntsman ist mit dem Versprechen eines noch schnelleren Rückzugs in die republikanischen Vorwahlen eingetreten. Gegen diese Stimmung ließ sich die Forderung des Militärs kaum durchsetzen. Denn innerhalb der Regierungsmannschaft warben der *Chairman der Joint Chiefs of Staff*, Admiral Mike Mullen, und der gegenwärtige Kommandeur der amerikanischen Streitkräfte in Afghanistan, General David Petraeus, dafür, in diesem Jahr keine Truppen abzuziehen und alle im Rahmen des Surge verlegten Truppenteile am Ende des kommenden Jahres nach Hause zu holen. Sie argumentierten, dass der Abzug just zu Beginn der sommerlichen Kampfsaison das falsche Zeichen setze und traten stattdessen dafür ein, zumindest die kommenden zwei Sommer in voller Stärke zu kämpfen. Bis Ende 2012 hätten dann noch einmal 70.000 frisch ausgebildete afghanische Sicherheitskräfte die durch den Abzug entstehende Lücke füllen können. Das wird nun deutlich schwieriger. Auch einige konservative Senatoren warnten vor einem übereilten Rückzug. Senator John McCain, noch immer eine der führenden

Stimmen in verteidigungspolitischen Fragen im Senat, warnte vor einem Rückzug von mehr als 3.000 bis 5.000 Soldaten in diesem Jahr und wollte, genau wie der ebenso angesehene Senator Lindsey Graham, den Truppen noch mehr Zeit geben, ihre Mission zu erfüllen.

Doch obwohl die amerikanische Regierung zunächst nur einen Teil der Truppen abzieht, die 2009 im Rahmen des Surge nach Afghanistan verlegt wurden, haben auch europäische Regierungen bereits angekündigt, den Abzug ihrer Truppen am nun einsetzenden amerikanischen auszurichten, so dass bis Ende des Jahres wohl weit mehr als 10.000 alliierte Soldaten das Land verlassen haben werden. Damit wird deutlich, dass die europäischen Alliierten nur auf ein Startzeichen gewartet haben. Zudem befürchten Beobachter, dass der amerikanische Präsident die Fortschritte in Afghanistan aufs Spiel setzt, indem er bereits so früh einen so schnellen Truppenabzug beginnt. Sollte die Strategie scheitern und die Sicherheitslage sich wieder zuspitzen, wird dies ohne Zweifel dem Präsidenten angelastet.

Schlussfolgerung

Der Asienhistoriker Karl Hack hat Counterinsurgency einmal mit dem Kochen eines Tees verglichen.³ Die Frage, was das wichtigste sei, die angewärmte Tasse, der Teebeutel, die Temperatur des Wassers oder die Länge des Ziehens, sei letztlich irreführend. Für einen guten Tee könne auf nichts davon verzichtet werden und eine verkehrte Reihenfolge könne eine geschmackliche Katastrophe zur Folge haben. Die in Deutschland gebetsmühlenartig vorgetragene Forderung nach mehr Entwicklungshilfe geht daher völlig an der Herausforderung vorbei: Denn militärisches und ziviles Engagement können nicht in einer Art Nullsummenspiel gegeneinander verrechnet werden. Das machte auch General David Petraeus im März bei den Anhörungen im Streitkräfteausschuss des Senats deutlich: Dort forderte er den Kongress auf sicherzustellen, dass das amerikanische Außenministerium und die Entwicklungshilfeagentur USAID mehr Geld bekommen, um die militärischen Erfolge zu flankieren. Schließlich hat Afghanistan weniger Entwicklungshilfegelder erhalten, als jeder andere Staat, der aus einem langen Krieg hervorgegangen ist.

³ Octavian Manea, Setting the Record Straight on Malayan Counterinsurgency Strategy. Interview with Karl Hack. In: *Small Wars Journal*, online: (<http://smallwarsjournal.com/blog/2011/02/setting-the-record-straight-on/>).

Hinzukommt, dass längst das Nachdenken für die Zeit nach 2014 begonnen hat. Denn just im offiziell angestrebten Abzugsjahr 2014 stehen in Afghanistan Präsidentschaftswahlen an, wobei Hamid Karzai nach der derzeitigen Verfassung nicht für eine weitere Amtszeit kandidieren können. Die amerikanische Regierung wird bemüht sein, dem nächsten Präsidenten Afghanistans auch nach dem für 2014 vorgesehenen Abzug in militärischer Form unter die Arme greifen zu können. Daran wird deutlich, dass auch für die Zeit nach dem 1. Januar 2015 eine Strategie formuliert werden muss. Dabei wird in weiten Kreisen angenommen, dass die NATO auch nach 2015 noch Truppen in Afghanistan stationieren muss, die sich dann zwar nicht mehr auf Counterinsurgency-Operationen konzentrieren, dafür aber essentiell in der Terrorismusbekämpfung, also Counterterrorism, sein werden. Das mit David Petraeus im September 2011 ausgerechnet die militärische Gallionsfigur der Counterinsurgency-Strategie zum Chef des amerikanischen Auslandsgeheimdiensts CIA wird, zeigt dass sich die amerikanische Regierung auf diesen Strategiewechsel bereits vorbereitet. Wenn Petraeus im September diesen Jahres nach Langley wechselt, wird er damit auch zum Chef der amerikanischen Counterterrorism-Bemühungen.